

Bodo Ramelow im Gespräch

Bodo Ramelow ist seit 2014 Ministerpräsident von Thüringen. Wir haben mit ihm über die Wahlen und seine Vorstellungen für unser Land gesprochen. **Das Interview finden Sie auf den Seiten 6+7.**



Unser Thüringen



Am 26. Mai ist
Kommunalwahl

Foto: Oliver Hlavaty – stock.adobe.com/639497611

Hand aufs Herz: Thüringen ist ein starkes, ein schönes Land. Unser Freistaat hat eine gute Entwicklung genommen – trotz aller Probleme. Das ist gut, aber wir müssen besser werden. Es wäre unehrlich, sich der Herausforderungen nicht bewusst zu sein. Wir haben heute in Thüringen die geringste Erwerbslosigkeit seit 1991. Einkommen und Löhne sind gestiegen, wenn auch zu langsam. Wir haben Betriebe, die Weltmarktführer, aber immer noch "Hidden champions" sind. Nach bald zehn Jahren mit Bodo

Ramelow als Ministerpräsident können wir auf wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung zurückschauen. Vieles ist besser geworden – das ist eine beeindruckende Leistung der Menschen. Sie haben trotz der negativen Auswirkungen von Treuhand, Hartz-IV und Niedriglohnpolitik der CDU unser Land vorangebracht. Inzwischen kehren Viele zurück, die auf der Suche nach Arbeit in den Westen gezogen waren. Unsere Städte und Dörfer, die Natur und freie Jobs sorgen dafür, dass Viele hier Chancen sehen.

Doch Krisen gehen an uns nicht vorbei: Preissteigerung, Inflation, Krieg in Europa und der Klimawandel bereiten Sorgen und handfeste Probleme. In unsicheren Zeiten braucht es eine soziale Kraft, die zuerst die Interessen der Mehrheit der Menschen in Thüringen im Blick behält. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit Gewerkschaften, Verbänden und vor allem den vielen engagierten Ehrenamtlichen arbeiten wir an einem besseren Thüringen. **Menschlich, stark, gerecht. Sie haben die Wahl!**



Mehr Begegnung

Treffpunkte für ältere Menschen, gute Jugendzentren und Orte für Feiern im Wohngebiet und in Dörfern. Die Linke will wieder mehr Möglichkeiten schaffen, dass Menschen sich begegnen können. Denn allein sein, das ist nicht gut.

Lesen Sie weiter auf Seite 9.



Mehr Demokratie!

Mehr Mitbestimmung, das stärkt die Demokratie. Wir wollen das Wahlalter 16, mehr direkte Demokratie und den Ausbau von Mitbestimmung in Kommunen und Betrieben. Und: Eine Stimme für Die Linke ist immer auch eine Stimme gegen Rechts. **Mehr dazu auf der Seite 11.**

Zeit für Gerechtigkeit!

Unser Europa-Spitzenkandidat Martin Schirdewan

Es wird Zeit für Gerechtigkeit! Dafür setzt sich Martin Schirdewan im Europaparlament und als Spitzenkandidat der Linken zur Europawahl ein. Ungleichheit und Armut sind auch die Folgen falscher Politik der EU in den letzten Jahren. Sie hat unsere Gesellschaft gespalten und gefährdet die Demokratie. Deswegen braucht es jetzt eine Zeitenwende für mehr Gerechtigkeit! Wer ein soziales Europa will, muss es den Konzernen und Superreichen nehmen, die von vielen falschen Entscheidungen der EU profitieren.

Martin Schirdewan setzt sich als Abgeordneter im Parlament dafür ein, dass europaweit armutsfeste Löhne und mehr demokratische Mitbestimmung möglich werden und dass mehr Geld in Soziales und gute Infrastruktur fließt. Er arbeitet dafür, dass die EU bei internationalen Konflikten und Kriegen mehr auf Diplomatie und Verhandlungen setzt, als auf immer mehr und immer schwerere Waffen. Die Linke will außerdem einen Klimaschutz, der den nötigen Umbau unserer Wirtschaft mit



sozialer Sicherheit verbindet und nicht zulasten der Mehrheit der Menschen geht. Dafür brauchen wir eine aktive Industriepolitik, die vor allem auch die Interessen der Menschen hier in Ostdeutschland im Blick behält – anders als

es die Ampel-Bundesregierung derzeit tut. Als Mitglied unserer Thüringer Linken ist Martin Schirdewan eine starke Stimme in Brüssel und Straßburg für die Menschen und die Interessen unserer Region!

Europa: Gut für unser Thüringen!

Bürokratie, unnötige Vorschriften und viel zu viel Geld für Brüssel: Wenn über Europa gesprochen wird, dann fallen häufig solche Stichworte. Doch Europa tut für uns hier in Thüringen eine Menge. Darüber wird viel zu wenig gesprochen.

Ohne die EU würde es Thüringen heute nicht so gut gehen. Ohne die Fördergelder aus Brüssel gäbe es in Thüringen vieles nicht, was uns selbstverständlich erscheint: Innovative Unternehmen, hohe Beschäftigungszahlen, Förderung sozial benachteiligter Menschen, Forschung, aktiven Umweltschutz und eine moderne Infrastruktur. In allen wichtigen Bereichen investiert auch Europa viel Geld hier in Thüringen. So sind in den Jahren 2014 bis 2020 mehr als **1,7 Milliarden Euro** zu uns geflossen. Und in den Jahren 2021 bis 2027 wird Europa in Thüringen weitere **1,6 Milliarden Euro** investieren. Für die Förderung von Beschäftigung und Bildung, für Unterstützung von Menschen mit geringen Einkommen, für Investitionen in die Energiewende und den Hochwasser-

schutz sowie für neue Straßenbahnen, Sanierung von Gebäuden und die Förderung von Unternehmensgründungen.

Drei Beispiele aus hunderten von der EU geförderten Projekten hier in Thüringen:

- Um Menschen mit geringen Einkommen zu unterstützen, hat Thüringen mit Hilfe der EU in Wohngebieten neue Bürgerbüros eröffnet und dort Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingestellt. Sie helfen nun Menschen, einen Arbeitsplatz oder eine Wohnung zu finden, begleiten sie beim Gang zu Ämtern und helfen bei der Beantragung von staatlichen Unterstützungen. Das hat bereits zu einer spürbaren Verbesserung der Lebensqualität der Menschen geführt.
- In Jena baut die Universität derzeit einen neuen Campus, für den die EU einen Großteil des Geldes gibt. Vier große Gebäude entstehen, die bald neue Räume für Lehre und Forschung, die Bibliothek und das neue Rechenzentrum beherbergen werden.

- Um kleinere Unternehmen bei der Digitalisierung zu unterstützen, haben die Thüringer Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern mit Unterstützung der EU ein „Kompetenzzentrum Wirtschaft 4.0“ aufgebaut. Dort finden Unternehmen praktische Hilfe auf dem Weg in die vernetzte Produktion und Dienstleistung.

Allein diese drei Beispiele sind gute Gründe, einmal anders auf Europa zu schauen. Denn gut gemacht nützt die EU uns allen! Doch ein Europa, das für die Menschen da ist, ist nicht selbstverständlich. Dafür müssen wir uns einsetzen – auch bei der Europawahl am 9. Juni. Die Linke will ein soziales Europa für alle. Wir wollen, dass sich die EU vor allem darum kümmert, dass sich die Lebensbedingungen der Menschen verbessern, der Klimawandel gestoppt wird und dass die Arbeitsplätze sicher und die Löhne gut sind. Und das Europa uns weiterhin hier in Thüringen unterstützt!

Kindergartenland Thüringen

Gutes kann noch besser werden – auch unsere Kindergärten. Wir lernen ein Leben lang, doch die ersten Jahre prägen besonders. Thüringen hat über 1.340 Kindergärten und bundesweit die höchste Betreuungsquote. In keinem anderen Bundesland arbeitet besser ausgebildetes Personal, als hier. Das sind Bedingungen, von denen viele träumen! Doch auch uns fehlen zunehmend Fachkräfte. Mehr gutes Personal zu finden wird also ein Gelingensfaktor für die Zukunft sein. Vor allem bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen sind dafür wichtig. Erfolge bei der Einstellung von Erzieherinnen und Erziehern werden auch durch Projekte unserer Landesregierung zur praxisintegrierten Ausbildung und Zuschüsse an die Kita-Träger für Jahrespraktikanten erzielt. In den vergangenen Jahren hat unsere Landesregierung unter Bodo Ramelow bereits massiv in die Kindergärten und in das Personal investiert. Und wir haben zwei Kindergartenjahre beitragsfrei gemacht!

Wir brauchen künftig noch bessere Bedingungen in den Kindergärten und der pädagogischen Begleitung in Kindergärten. Das kostet ebenso Geld wie bessere Löhne, die weitere Anhebung der Qualität, Freistellung für Leitungsaufgaben, die Unterstützung bei



Foto: lordn – stock.adobe.com/566835079

Verpflegungskosten und die Stärkung kommunaler Küchen für gutes Mittagessen und Verpflegung. Die CDU hat Ende 2023 verhindert, dass nun ein weiteres Kindergartenjahr für alle Familien beitragsfrei wird. Das wollen wir ändern! Denn Bildung muss für alle beitragsfrei sein.

Bei uns in Thüringen sind Kindergärten traditionell selbstverständlicher Teil der Bildungslandschaft. Sie sollen

die beste Zukunft ermöglichen, die wir Kindern geben können! Das ist auch eine humanistische Haltung gegenüber diesen kleinen Menschen. Unsere Ziele sind vollständige Beitragsfreiheit, bessere Qualität bei Trägern, Konzepten und Bauten, mehr Freistellung für die Leitungen und ein besserer Betreuungsschlüssel. Das sind unsere Aufgaben, damit im Chancenland Thüringen alle Kinder gleiche Startchancen bekommen.

Unsere Schulen besser machen!

Gute Schulen sind ein wichtiges Fundament dafür, dass unsere Kinder gute Bildung und Chancen im Leben bekommen. Unsere Landesregierung hat in den letzten Jahren viele Lücken geschlossen, die uns zuvor der Sparkurs der CDU hinterlassen hat. Wir haben mit dem Schulinvestitionsprogramm über 600 Millionen Euro für bessere Bildung in die Schulen gesteckt, haben Ganztagschulen gefördert und Schulsozialarbeit ausgebaut. Neubau, Sanierung, Digitalisierung, ... Aber vor allem wird endlich wieder richtig eingestellt, seit Rot-Rot-Grün regiert. Allein im ersten Schulhalbjahr 2023/24 hat Thüringen 653 Lehrkräfte unbefristet eingestellt, seit 2014 sind es Tausende neue Lehrkräfte. Unter der CDU gab es immer nur eine Antwort: Stellenabbau. Deren falscher Kurs hat riesige Lücken

hinterlassen, die bis heute nachwirken. Mit unserem Bildungsminister Helmut Holter an der Spitze haben wir klar und deutlich umgesteuert. Quer durchs Land werden so viele neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt wie nie und in den Städten und Dörfern werden Schulen saniert und Stück für Stück besser ausgestattet. Nun geht es darum, den Kurs fortzusetzen, um Bildungsgerechtigkeit zu stärken. Unsere Ziele: Kurze Wege zu wohnortnahen Schulen für die Kinder, längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen, Lernmittelfreiheit, gute Schulverpflegung durch kommunale Küchen, Unterrichtsausfall weiter durch noch mehr Neueinstellungen bekämpfen, Lehrkräfte durch Assistenzen im Unterricht und der Verwaltung und mehr Sozialarbeit an den Schulen entlasten.

Am 26. Mai ist
Kommunalwahl

Bildung und Kinder- betreuung vor Ort.

Gemeinschaft
ist Zukunft.

Die Linke
Thüringen

Millionen für unsere Kliniken



Gesundheitsministerin Heike Werner (Die Linke, r.) bei der Übergabe eines Förderchecks in Höhe von 15,6 Millionen Euro für das Sophien- und Hufeland-Klinikum in Weimar.

15,6 Millionen Euro für das Sophien- und Hufeland-Klinikum in Weimar, 6,5 Millionen Euro an das Krankenhaus St. Johann Nepomuk in Erfurt, 2,8 Millionen Euro für das Asklepios Fachklinikum in Pößneck und 2,5 Millionen

Euro für Investitionen am St. Georg Klinikum in Eisenach... In den vergangenen Wochen hat Thüringens Gesundheitsministerin Heike Werner (Die Linke) an zahlreiche Krankenhäuser insgesamt rund 63,5 Millionen Euro aus dem Kran-

kenhausinvestitionsprogramm ausge-reicht. Weimar, Erfurt, Pößneck oder Eisenach sind nur einige von vielen der Klinik-Standorte im Freistaat, die mit dem Geld des Landes nun notwendige Baumaßnahmen, Erweiterungen und Investitionen bezahlen können.

Die Fördermittel sind vor allem eine Investition in die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen in Thüringen. Denn so können die Krankenhäuser künftig noch bessere Versorgung gewährleisten. Zugleich werden oft auch die Arbeitsbedingungen für das medizinische Personal verbessert und die Effizienz der Einrichtungen erhöht. Die flächendeckende, beste medizinische Versorgung ist ein wichtiges Ziel der Landesregierung und der Kommunen. Sie ist mitentscheidend für ein gutes Leben der Menschen hier in Thüringen. Die Linke macht sich im Land, in den Städten, Dörfern und Landkreisen für gute Krankenhäuser stark!

Gute Gesundheit und gute Pflege!

Sind unsere Thüringer Krankenhäuser und die Pflegeeinrichtungen zuerst für die Menschen da – oder sollen die Gesundheit und das Leben der Menschen Profit für Konzerne und Unternehmen erwirtschaften? Wer heute die Gesundheitsversorgung an die Börse tragen will, der hat kein Interesse, die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Wir als Linke setzen dagegen auf eine Gesundheitspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt – und zwar die Patientinnen und Patienten sowie die Beschäftigten.

Wir brauchen Krankenhäuser und medizinische Versorgungszentren in öffentlicher Hand. Eine weitere Privatisierung dürfen wir daher nicht zulassen und müssen stattdessen perspektivisch wieder mehr auf ein stärkeres Engagement von Städten und Landkreisen setzen. Eine Lehre aus der Corona-Pandemie ist doch, dass wir mehr Kapazitäten, bessere Versorgung und mehr Personal in der Gesundheit brauchen – von der Pflege über Ärztinnen und Ärzten bis hin zu Apotheken und Gesundheitsämtern. Damit die Versorgung möglichst wohnortnah und mit kurzen Wegen erfolgen kann, braucht

es unterschiedliche Modelle, vom Gesundheitskiosk über Telemedizin, kommunale Krankenhäuser und Polikliniken bis zu den Maximalversorgern. Unsere Landesregierung hat hier in den letzten Jahren – auch in enger Zusammenarbeit mit Städten und Kreisen – bereits viele Verbesserungen erreicht. Unsere linke Gesundheitsministerin Heike Werner fördert derzeit die Krankenhäuser in unseren Regionen mit Millionenbeträgen, um moderne Medizin und beste Versorgung auszubauen.

Gerade die Beschäftigten im Gesundheitswesen brauchen Entlastung. Mehr Zeit zur Erholung statt immer mehr Arbeit, mehr Personal und bessere Löhne sind notwendig. Hier können auch Angebote für mehr Zeitsouveränität attraktivere Arbeitsbedingungen ermöglichen. Eine Thüringer Klinik geht zum Beispiel erfolgreich den Weg von Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Vier-Tage-Woche. Das nützt Beschäftigten, Patientinnen und Patienten und dem Unternehmen. Auch die Pflege von Älteren und die Unterstützung von Angehörigen brauchen künftig mehr Aufmerksamkeit, ebenso Maßnahmen gegen das Apothekensterben. Apotheken

vor Ort – auch in kleineren Orten und gut erreichbar – sind für beste Beratung und schnelle Versorgung wichtig. Versandapotheken können das nicht leisten. Gesundheitsversorgung, Fachärzte und Pflege müssen überall vorhanden, erreichbar und von hoher Qualität sein. So geht gute Gesundheit für Alle.

Am 26. Mai ist
Kommunal-
wahl

**Gesundheit
in Reichweite**

Gemeinschaft
ist Fürsorge.

Die Linke
Thüringen

Für unsere Feuerwehren!

Landesregierung verbessert Brand- und Katastrophenschutz

Hochwasser, Starkregen und Hitzeperioden werden auch hier bei uns in Thüringen künftig öfter vorkommen – der Klimawandel sorgt dafür. Bereits in den letzten Jahren mussten sich unsere Einsatzkräfte von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Polizei und Rettungsdiensten auf erhöhte Waldbrandgefahren und überflutete Agrarflächen einstellen. Mit geschulten und engagierten Fachkräften und moderner Technik konnte das stets gut bewältigt werden. Dafür sagen wir Danke!

Aber was tun im Ernstfall? Vorbereitung ist alles! Daher sorgt unsere Landesregierung unter Bodo Ramelow dafür, dass die Sicherheit für möglichst viele Thüringerinnen und Thüringer im Fall der Fälle gewährleistet ist. Unsere Regierung investiert in die Ausbildung und die Professionalisierung der Helfer vor Ort. Das ist nicht nur für die Hauptamtlichen wichtig, sondern genauso für unsere vielen tatkräftigen Helferinnen und Helfer im Ehrenamt! In Thüringen sind fast 97 Prozent der Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr ehrenamtlich tätig. Unser Ziel ist es, eine bestmögliche Begleitung, Unterstützung und Wertschätzung zu geben. Denn sie sind es, die für uns alle im Notfall im wahrsten Sinne des Wortes durch's Feuer gehen!

Unsere rot-rot-grüne Landesregierung hat den jahrelangen Sparkurs der



Foto: @durchwahl112 – stock.adobe.com/413234779

CDU-Regierung beendet und investiert endlich wieder in den Schutz von uns allen. Die Gelder für den Brand- und Katastrophenschutz sowie die Rettungsdienste wurden in den letzten zehn Jahren der Regierung unter Bodo Ramelow im Vergleich zur CDU-Regierung verdreifacht! Und mit der jüngsten Änderung des Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetzes wurden die Grundsteine gelegt, um veraltete

Alarm-Technik endlich zu modernisieren und ein landesweit einheitliches, fehlerfreies und gut verschlüsseltes Alarmierungsnetz auf den Weg zu bringen. Damit wird sinnvoll in den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung investiert, um künftig noch besser als bisher Einsatzkräfte in allen Landesteilen zu alarmieren und zu steuern. So kann Menschen in Not schneller, besser und zuverlässiger geholfen werden!

AfD will Thüringer Feuerwehr Geld streichen

Das Erschrecken bei der Feuerwehr und Fachleuten war groß, als das Konzept der AfD zur Finanzierung der Thüringer Feuerwehr bekannt wurde. Die notwendigen 15 Millionen Euro Förderung für unsere Feuerwehr wollte die AfD in eine „Kommunale Investitionspauschale“ umschichten. Damit hätte das Geld auch für andere Zwecke als die Wehren verwendet werden können – was für ein Fehler! Denn ein Großteil der wichtigen Arbeit unserer Feuerwehren passiert im Ehrenamt. Die Kameradinnen und Kameraden sind darauf angewiesen, moderne Fahrzeuge und eine sichere Schutzausrüstung zu haben. Deshalb gibt es von der Linken eine klare Absage an den Plan der AfD! Unsere Sprecherin für die Feuerwehren im Landtag, Donata Vogtschmidt, meinte: „Ich bin froh, dass sich der Vorschlag der AfD nicht durchgesetzt hat. Denn im Brand- und



Donata Vogtschmidt (Die Linke) ist häufig vor Ort und kennt die Sorgen und Nöte der Feuerwehren und setzt sich für deren Interessen ein.

Katastrophenschutz braucht es verlässliche und eingespielte Strukturen, statt schiefe Konstruktionen.“

Am 26. Mai ist **Kommunalwahl**

Personal und Ausstattung!

Gemeinschaft ist Sicherheit.

Die Linke
Thüringen

„Wir wollen, dass sich das Volk mehr einmischen kann!“



Bodo Ramelow ist seit 2014 Ministerpräsident von Thüringen. Wir haben mit ihm über die Wahlen und seine Vorstellungen für unser Land gesprochen.

Engagement im Sportverein, bei der Feuerwehr, in der Volkssolidarität oder auch in der Politik. Thüringen lebt davon, dass Menschen sich in die Gesellschaft einbringen, sich kümmern...

Ja, unbedingt! Wir wollen, dass das Ehrenamt endlich als Staatsziel in die Verfassung kommt – das schlagen wir seit Jahren vor. Die Verbände unterstützen uns dabei. Wir wollen auch mehr direkte Demokratie in die Verfassung. Wir haben keine Angst vor Wählerinnen und Wählern, vor dem Souverän. Wir wollen, dass sich das Volk mehr einmischen kann. Sowohl wenn es um tagesaktuelle Entscheidung geht, aber auch wenn es Geld kostet. Die CDU hat diese Verfassungsänderung bisher immer verhindert – dafür habe ich kein Verständnis. Wir brauchen endlich mehr Demokratie und das Ehrenamt in der Verfassung!

Demokratie ist ein gutes Stichwort: 2024 ist für Thüringen ein Super-

wahljahr. Erst die Kommunal- und Europawahl, dann am 1. September die Landtagswahl. Du willst wieder als Spitzenkandidat für Die Linke ins Rennen gehen. Warum eigentlich?

Ich will, dass die Demokratie bei den Wahlen gestärkt wird. Ich kämpfe nicht gegen irgendeine andere Partei. Wir stehen gemeinsam für die Demokratie und gegen Faschismus. Und wir sagen den Bürgerinnen und Bürgern nicht: Wenn Sie Ihr Kreuz bei uns machen, dann versprechen wir das Blaue vom Himmel. Sondern wir sagen: Gucken Sie sich an, woran wir arbeiten wollen und nehmen Sie ernst, dass wir das mit Ihnen gemeinsam machen wollen. Deswegen setzen wir ja auch seit vielen Jahren auf mehr direkte Demokratie und mehr Volksabstimmungen! Wir wollen Volksabstimmungen auch dann, wenn es uns vielleicht politisch mal nicht so passt. Wir wollen die Debatte um Themen und dass sich die Menschen einmischen können. Ob Mobilitätsgarantie bis in die Dörfer oder volle Beitragsfreiheit in den Kindergärten, ob mehr Thüringer Gemeinschaftsschulen oder kurze Wege für die Kinder, ob bezahlbares Wohnen und beste Gesundheitsversorgung – das sind wichtige Hausaufgaben für unser Thüringen!

Blicken wir kurz zurück: Ende letzten Jahres gab es in Nordthüringen ein schlimmes Hochwasser. Du warst vor Ort...

Ja, unser Bürgermeister Matthias Marquardt hat mich am 24. Dezember mitten in der Nacht angerufen und gesagt: Wir saufen ab, wir brauchen Hilfe! Und dann bin ich natürlich da hin und wir haben alle notwendigen Stellen mobilisiert, damit die Hilfe vor Ort ankommt und spürbar etwas passiert. Wir haben auch sofort gesagt: Anschließend kümmern wir uns gemeinsam um die Beseitigung der Folgen – der Bürgermeister, der Ministerpräsident, alle Ministerien und alle Institutionen. Wir brauchen künftig aber auch ein Umdenken beim Hochwasserschutz. Die alte Weisheit, mit hohen Deichen Schutz zu bieten, bringt uns oft nicht weiter. Wir brauchen auch Flächen, auf denen Wasser über längere Zeit stehen kann und eine andere Städteplanung. Die jüngsten Überschwemmungen sind auch Folgen des Klimawandels. Das, was wir im Herbst und im Winter an zu großen Wassermengen haben, das fehlt uns im Sommer. Wir brauchen also Speicher.

Für Thüringen sind Landwirtschaft und Wald wichtig. In den letzten Mo-

naten gab es große Proteste gegen die Abschaffung des billigeren Diesels für die Landwirtschaft. Du hast Dich klar für die Interessen der Bäuerinnen und Bauern eingesetzt – auch gegenüber der Bundesregierung. Warum?

Wir könnten über den Diesel-Preis reden, wenn man auch über Dienstwagen oder SUVs reden würde. Aber wir reden von Traktoren, von Arbeitsmaschinen, die in der Landwirtschaft gebraucht werden. Ich will einen fairen Umgang der Politik mit den Landwirten. Fairer Umgang, das heißt: Verlässlichkeit und Entlastung für die Betriebe! Deswegen haben wir die Bundesregierung aufgefordert, Planbarkeit und finanzielle Entlastung zu schaffen! Seit den Sparbeschlüssen der Bundesregierung, die auch die Land- und Forstwirtschaft und den Gartenbau betreffen, sind Empörung und Verzweiflung so stark gewachsen, dass die Bauernverbände jetzt machtvoll zeigen, dass man mit der Branche so nicht umgehen kann. Die heutigen Handelsstrukturen fördern nur den Reichtum der großen Discounter, von Herrn Schwarz von Lidl zum Beispiel, und setzen die landwirtschaftlichen Betriebe immer weiter unter Druck. Das lohnt sich am Ende eben nicht für die Menschen, sondern schadet unserem Globus und unseren Landwirten. Deswegen müssen wir den ökologischen und den sozialen Teil in der Debatte um die Landwirtschaft zusammen denken. Wir brauchen mehr Regionalität und ein Steuersystem, bei dem aus heimischen Produkten hergestellte Nahrungsmittel und Essen für Kindergärten, Schulen, Alten- und Pflegeheime nicht mit 19 Prozent, sondern mit 0 Prozent versteuert werden. Gute Arbeit im ländlichen Raum, Planbarkeit und Entlastung für die Landwirte und



lokal gekochtes Essen in Kindereinrichtungen, Pflege- und Altenheimen oder Krankenhäusern sollten uns gesellschaftlich etwas wert sein!

Beim Streik der Lufthansa hast Du als Schlichter auf der Seite der Beschäftigten verhandelt und auch die Arbeitsniederlegung bei der Bahn immer gegen Kritik verteidigt...

Klar! Wenn sich der Generalsekretär der FDP hinstellt und sagt, Streikleiter und Verhandlungsführer der Arbeitnehmer sollen vom Staat ausgetauscht werden, dann gehen bei mir alle Alarmglocken an. Wenn der Staat das entscheiden will, das geht zu weit! Unsere Demokratie sieht freie Gewerkschaften vor. Und die definieren selbst, wie Streiks organisiert sind. Die GdL trägt mit ihrem Streik zur Diskussion um Arbeitszeit-Souveränität bei. Wir haben doch früher auch für die 35 Stunden-Woche auf Streikposten gestanden. Arbeitszeitsouveränität, das geht nicht nur bei der Bahn, sondern auch in anderen Bereichen: Im Eisenberger Krankenhaus haben wir jetzt die 35 Stunden Woche. Hier bei uns in Thüringen gibt es das erste Krankenhaus in Deutschland, das eine Vier-Tage-Woche und Arbeitszeitverkürzung kombiniert.

Dort wurde gesagt: Lieber mit gut ausgebildetem und ausgeruhtem Personal die Leistung bringen als permanent die Beschäftigten gegen die Wand zu fahren und fertig zu machen. Wenn in anderen Einrichtungen beim Schichtwechsel die nächste Schicht nicht kommt, weil kein Personal mehr da ist, dann sagen die Kolleginnen und Kollegen irgendwann zu recht: Wir wollen nicht mehr, wir können nicht mehr. Viele gehen dann zu Zeitarbeitsfirmen, weil sie nur noch tageweise bereit sind, ihre Lebenszeit zu investieren. Das kostet den Betrieb viel mehr. Daher sage ich: Schafft Tarifverträge wie in Eisenberg!

Mit Blick auf die Landtagswahl. Was sind die Themen, über die wir hier in den nächsten Monaten reden müssen?

Wir haben ein sehr alltagstaugliches Regierungsprogramm beschlossen. Wir wollen über eine Mobilitätsgarantie auch in kleinen Dörfern und über mehr Eisenbahnverbindung im ländlichen Raum sprechen, und darüber, wie wir Klimagerechtigkeit und noch bessere Gesundheitsversorgung schaffen. Wir wollen weiterhin mehr Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen holen und Bildung und Betreuung komplett beitragsfrei machen. Wir wollen keine Gebühren für Bildung, weder fürs Studium noch in den Kindergärten! Wir werden auch deutliche Antworten auf wachsende Armut geben müssen. Auf der Landesebene sind wir mit unserem vergabespezifischen Mindestlohn hier schon Trendsetter in ganz Deutschland. Und wir brauchen endlich eine echte Kindergrundsicherung. Armutsprävention, das ist eine Zukunftsgarantie. Jeder Mensch ist uns gleich viel wert, damit er sich gut in unsere Gesellschaft einbringen kann. Das ist das Land, in dem ich leben möchte! Wir wollen unser Thüringen in unsicheren Zeiten gerecht und menschlich gestalten.



Respekt für alle Generationen!



Wir sind stolz auf das gelebte Miteinander in Thüringen. Vom Eisenacher Sommergewinn bis zum Rudolstädter Vogelschießen, vom Rennsteiglauf bis zum Biathlon-Weltcup, vom Krämerbrückenfest bis zum Zwiebelmarkt: Thüringen ist ein sozialer Freistaat. Für uns ist die wichtigste Aufgabe der Politik, alles dafür zu tun, damit das so bleibt. Das heißt für uns auch: Respekt für alle Generationen!

Die rot-rot-grüne Landesregierung stärkt soziales Engagement. Mit dem „Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) finanziert der Freistaat den Ausbau sozialer Infrastruktur. Was es braucht – den Ausbau von Familienzentren, den Einsatz von Dorfkümmern oder die Anschaffung von Bürgerbussen – das wird vor Ort entschieden. Denn die Menschen wissen am besten, was gebraucht wird. Mit dem LSZ fördern wir auch Familien. Damit können wir der veränderten Arbeitswelt und

den Bedürfnissen der Familien besser gerecht werden. Mit dem Programm „AGATHE - Älter werden in der Gemeinschaft“ kümmern wir uns um Seniorinnen und Senioren, die oft einsam sind. Es ist der Anspruch unserer Landesregierung, niemanden zurückzulassen und in diesen schwierigen Zeiten Sicherheit zu geben. AGATHE ist aufsuchende Sozialarbeit für Ältere. Geschulte Beraterinnen und Berater vermitteln Angebote, mit denen bessere Teilhabe möglich wird. Das Programm gibt es in den Landkreisen Altenburger Land, Ilm-Kreis, Kyffhäuserkreis, Nordhausen, Saale-Orla-Kreis, Unstrut-Hainich-Kreis, Sömmerda, Sonneberg und dem Saale-Holzland-Kreis sowie in Erfurt, Gera und Jena. Allein lebende Menschen über 63 Jahre erhalten zunächst Informationen über das Programm per Post. Außerdem sind dort Beraterinnen und Berater im Einsatz. Das ist eine konkrete Unterstützung für das soziale Thüringen, in dem wir gut und gerne leben.

Rente: Kein Arbeiten bis zum Umfallen!

83% Prozent der Thüringer sagen: Nein zur Erhöhung des Renteneintrittsalters

Noch länger arbeiten und noch später in Rente gehen? **Dazu sagen wir Nein!** Genauso wie 83 Prozent der Menschen in Thüringen. Die absolute Mehrheit der Befragten in unserem Bundesland sieht es wie wir: Sie wollen nicht noch länger arbeiten müssen, wie es nun die FDP und Teile der Wirtschaft fordern. Wir sagen: Beschäftigte müssen ab 65 Jahren abschlagsfrei in die Rente gehen können, sowie schon mit 60 Jahren nach 40 Beitragsjahren. Kein Arbeiten bis zum Umfallen und keine weitere Erhöhung der Regelaltersgrenze!

Das Ergebnis einer Umfrage aus dem März ist eindeutig: **83 Prozent sagen klipp und klar Nein zur weiteren Erhöhung des Rentenalters.** Noch deutlicher ist das Ergebnis bei denjenigen, die eh schon wenig verdienen: Hier lehnen sogar 90 Prozent ab, noch später in den Ruhestand gehen zu dürfen. Und auch für 88 Prozent der Frauen ist klar: **Kein Arbeiten bis zum Umfallen!** Wie eine bessere Rente aussehen könnte, dazu haben wir als Linke



Vorschläge für eine gerechte Lösung: Wir wollen das Rentenniveau auf 53 Prozent anheben, die Bezüge ab 65 Jahre abschlagsfrei machen, eine solidarische Mindestrente von 1.200 Euro einführen und durch gute Löhne dafür

sorgen, dass Menschen im Alter gute Renten kriegen. Dazu braucht es auch eine **gesetzliche Rentenversicherung für alle**, in die Beamte, Politiker und selbstständige Gutverdiener einzahlen müssen.

„Ihr seid die, die uns sehen“

Für mehr Begegnungsstätten in Städten und Dörfern!

Mit dem „Landesprogramm solidarisches Zusammenleben“ haben wir in Thüringen etwas Einmaliges geschaffen. Dorfkümmerer, Seniorenbeauftragte oder Familienzentren – all das wurde durch unsere Sozialministerin Heike Werner angeschoben und gefördert. Doch nicht alle Landkreise nehmen die Gelder des Landes für diese Projekte in Anspruch. Daher haben wir es in Bad Salzungen selbst in die Hand genommen. **Mit dem „Restaurant der Herzen“, dem „Café der Herzen“ und dem „Szenetreff“ haben wir Begegnungsräume geschaffen.** Hier wird nun getanzt, gespielt, miteinander gegessen und unglaublich viel gelacht. „Ihr seid die, die uns sehen“ – das waren die Worte, die unsere ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer am meisten von den Gästen gehört haben. Denn in der kleinen Stadt Bad Salzungen hatte in einem Wohngebiet mit 3.000 Einwohnern zuletzt eine Begegnungsstätte geschlossen. Und das in einem Gebiet, wo sehr viele alleinstehende Rentnerinnen und Rentner leben.

Vor über 30 Jahren war das Wohngebiet äußerst beliebt: Alles war in der Nähe, es gab eine große Gaststätte, zwei Schulen, eine Kaufhalle, ein Kino und für die Jugend am Wochenende Disco. Doch



nach der Wende ging so vieles kaputt. Viele Menschen verloren ihre Arbeit, die Gaststätte wurde umgebaut, die geliebte Bierstube gab's nicht mehr. Bis vor ein paar Jahren gab es wenigstens noch den Treff der Volkssolidarität – doch auch der musste schließen. Umso wichtiger sind nun unsere Angebote in der Stadt. Unsere Begegnungsstätten sind nicht nur Treffs zum Austausch von Neuigkeiten, hier bekommen die Leute auch Hilfen und Ratschläge. Und man kann sich auch einmal fallen lassen. „Das Café der Herzen auf die

Beine zu stellen, das war für uns als Mitglieder einer Gerechtigkeitspartei etwas ganz Konkretes, um den Menschen zu helfen“, berichtet die Landtagsabgeordnete der Linken, Anja Müller, die sich hier seit Jahren mit vielen anderen Menschen engagiert. Mit dem starken Willen, das „Landesprogramm solidarisches Zusammenleben“ weiter auszubauen, macht auch unsere Landesregierung konkrete Politik für den Alltag, für die Familien und für unsere älteren Menschen. Denn sie sind unsere Alltagshelden und haben ein dickes Dankeschön verdient!

Zeit für Respekt

Am 26. Mai ist **Kommunaltwahl**

Begegnungsstätten und Treffpunkte in jedem Ort.

Gemeinschaft ist Nähe.

Die Linke
Thüringen

Es ist an der Zeit, über Gerechtigkeit zu sprechen. Und über den Respekt für Lebensleistung, über unser Leben heute und hier in Thüringen - und vor allem darüber, wie unser Freistaat in Zukunft noch besser sein kann - für alle, die hier zu Hause sind.

Die Politik der CDU hat mit der „Treuhand“ in den 1990er Jahren in Ostdeutschland ein deindustrialisiertes Niedriglohnland hinterlassen. Betriebe wurden verscherbelt und dichtgemacht. Bis heute arbeiten die Menschen in Ostdeutschland länger als im Westen, verdienen weniger und sind stärker von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht. Im Zuge der Vereinigung wurden ostdeutsche Erfahrungen ignoriert. Viele Menschen fühlen sich bis heute in ihrer Lebensleistung nicht gewürdigt. Die Linke war immer die Stimme der

Menschen hier in Ostdeutschland und ist es bis heute. Wir haben seit 1990 die Fehler im Vereinigungsprozess kritisiert und an der Seite der Menschen gestanden, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Unser heutiger Ministerpräsident Bodo Ramelow und Abgeordnete unserer Partei waren damals schon dabei, als die Kali-Kumpel in Bischofferode Proteste und Hungerstreiks gegen die Schließung ihres Betriebs organisiert haben. Wir arbeiten bis heute aktiv daran, das Unrecht der bleiernen „Treuhand“-Zeit, die Folgen der Deindustrialisierung und der Massenarbeitslosigkeit aufzuarbeiten. Es ist Zeit für eine Gleichstellung der Renten, der Löhne und Arbeitszeiten! Und es ist Zeit, unser Thüringen mit einer eigenständigen Entwicklung und guter Industrie-Politik weiterhin auf die Erfolgspur zu bringen!

Ehrenamt in die Verfassung!

Ob in der Feuerwehr, im Sportverein, im Sozialverband für unsere Älteren oder in der Kultur - ehrenamtliches Engagement ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft. In Thüringen sind etwa 755.000 Menschen freiwillig engagiert, das ist fast jede dritte Thüringerin und jeder dritte Thüringer.

Unsere Landesregierung hat in den letzten Jahren das Ehrenamt in unserem Freistaat bereits gestärkt. Das geht mit mehr Geld für Vereine und Verbände und mit besseren Fort- und Weiterbildungen für die Engagierten. Ehrenamt braucht aber auch Wertschätzung und langfristige Planungssicherheit. Als Linke fordern wir daher gemeinsam mit Vereinen und Verbänden seit langem die Verankerung des Ehrenamtes in der

Landesverfassung. Auch der 10. Sozialgipfel im Thüringer Landtag hat diese Forderung im März erneut erhoben. Mit der Festschreibung als Staatsziel dürften Unterstützungsleistungen nicht mehr unter den so genannten Haushaltsvorbehalt gestellt werden. Damit wäre eine verlässliche Finanzierung ehrenamtlicher Aktivitäten in unserem Thüringen abgesichert. Bisher stellt sich die CDU quer und verhindert die Änderung der Verfassung. Die Linke hat ebenso wie 21 Organisationen nun die Konservativen erneut aufgefordert, die Blockade zu beenden. Die Vereine und Verbände brauchen neben der Festschreibung in der Verfassung auch eine Entbürokratisierung, besseren Versicherungsschutz und eine noch bessere Förderung der Ehrenamtsstrukturen.

Am 26. Mai ist Kommunalwahl

Ehrenamt und Engagement fördern.

Gemeinschaft ist Stärke.

Die Linke
Thüringen

Demokratie und Menschenrechte verteidigen!

Millionen Menschen sind in den letzten Wochen in ganz Deutschland für Demokratie und gegen die faschistische AfD auf die Straßen gegangen – auch hier in Thüringen waren es Zehntausende. Klar, als Linke waren wir überall mit dabei. Denn die Kundgebungen und Demonstrationen sind aktiver Demokratie- und Republiksschutz.

Gerade hier in unserem Thüringen, im Schatten der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau Dora, gilt es wachsam zu sein. Die Nazis haben Millionen Menschen systematisch ermordet und den schlimmsten Krieg der Weltgeschichte geführt. Die Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 bedeutete schließlich das Ende des schrecklichsten Kapitels der deutschen Geschichte – daher hat unsere Landesregierung den Tag der Befreiung zu einem gesetzlichen Gedenktag gemacht. Wenn heute die Verbrechen des Faschismus relativiert werden und offen faschistische Politiker wieder nach der Macht greifen, dann ist es unsere Pflicht, diesen erneuten Weg in den Abgrund rechtzeitig und entschieden zu stoppen. Es ist unser aller Verpflichtung, sich gegen Faschismus und Rassismus und für Demokratie und Frieden in Europa einzusetzen, damit sich die Gräueltaten der Nationalsozialisten nie



wiederholen. Daher fördert unsere Landesregierung zum Beispiel Bildungsfahrten zu Gedenkstätten, unterstützt Projekte gegen Rechtsextremismus, unterbindet Neonazi-Konzerte und zeigt – so wie Bodo Ramelow – immer wieder klar Haltung gegen die Gefahr für unser Land von ganz Rechtsaußen.

Um die Feinde der Demokratie zu stoppen, stärken wir Demokratie: Wir haben zum Beispiel das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt und wollen das künftig auch für Landtagswahlen. Wir stärken Volks- oder Bürger-

begehren für mehr direkte Demokratie in den Kommunen und helfen bei der Entwicklung einer neuen umfassenden Mitwirkungskultur in Schulen und Rundfunkanstalten, in Verbraucher- und Nutzerbeiräten, in öffentlichen Unternehmen und durch mehr Möglichkeiten zur Mitsprache bei Entscheidungen in Städten und Dörfern. Außerdem haben wir Lobbyismus im Land einen Riegel vorgeschoben. Denn was Staat und Verwaltungen entscheiden, das sollte so nachvollziehbar und so demokratisch wie möglich sein.

Wahljahr 2024: Sie entscheiden

Für Thüringen werden die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen in diesem Jahr entscheidende Weichen stellen. Unsere Vorstellungen für ein menschliches, starkes und gerechtes Thüringen zu Fragen von guter Bildung und Gesundheit, Stärkung von Ehrenamt und Demokratie oder einem guten Leben im Alter in unserem Thüringen finden Sie in dieser Zeitung. Ausführlicher können Sie unsere Vorschläge im Regierungsprogramm „Unser Thüringen“ unter www.die-linke-thue-lingen.de nachlesen.



Energie & Wärme

Wir sind in Ostdeutschland bereits jetzt führend bei der Versorgung mit Fernwärme. Diese Position gilt es durch die öffentliche Hand auszubauen und dafür zu nutzen, eine bezahlbare und ökologische Wärmewende zu realisieren. Kommunale Energieversorger für Strom, Wärme und Gas sind zu stärken, ebenso Energie-Genossenschaften, die durch Eigeninitiative ökologische und bezahlbare Lösungen anbieten. Damit Gewinne aus erneuerbaren Energien vor Ort in den Dörfern und Städten ankommen haben wir ein Windenergiebeteiligungsgesetz auf den Weg gebracht. Der große Rückkauf der Thüringer Netze durch Kommunen und Land hat vor Jahren deutlich gezeigt: Öffentlich ist besser, um eine gute Versorgung zu garantieren. Diesen Weg einer sozialen und ökologischen Energierevolution wollen wir konsequent weitergehen.

Verkehr & Mobilität

Menschen müssen mobil sein können. Dazu brauchen wir gerade im ländlichen Raum noch Autos und Individualverkehr. Dennoch wissen alle: In Zukunft werden wir anders unterwegs sein. Jeder

muss Möglichkeiten haben, von seinem Dorf in die Städte der Umgebung und wieder nach Hause zu kommen. Dazu brauchen wir verbundene Angebote: Elektromobilität, mehr Busse und Bahnen, Carsharing, bessere Takte und bezahlbare Fahrpreise. Kommunen, Land und Bund müssen stärker Verantwortung für Mobilität übernehmen, denn der Markt regelt das ganz offensichtlich nicht im Sinne der Menschen: Bezahlbar, erreichbar und jederzeit verfügbar.

Wohnen

Wohnen wird in den Thüringer Städten immer teurer. Mit mehr sozialem Wohnungsbau wollen wir gegensteuern. Eine landeseigene Wohnungsgesellschaft soll gemeinsam mit kommunalen und genossenschaftlichen Anbietern dabei helfen. Aber auch auf dem Land braucht es an vielen Stellen bessere Angebote für gutes Wohnen für alle Lebensphasen, wo Kommunen und Land helfen können.

Sozial & sicher

Soziale Sicherheit müssen wir neu denken. Nicht nur der demographische Wandel stellt uns als Gesellschaft vor die Herausforderung, neue Modelle der sozialen Absicherung zu entwickeln.

Dabei können wir auf gute Ansätze und die Arbeit unserer Landesregierung in den letzten Jahren zurückgreifen. Während wir hier Familien durch beitragsfreie Kindergartenjahre entlasten, warten wir auf notwendige Schritte zur Armutsbekämpfung auf Bundesebene.

So brauchen wir eine bundesweite Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient, eine Weiterentwicklung des Bürgergelds mit höheren Regelsätzen, keine Sanktionen und vor allem mehr Arbeitsförderung. Aber auch die Renten müssen höher werden und die Benachteiligung von Menschen in Ostdeutschland ein Ende haben. Von der Rente muss künftig für alle ein ordentliches Leben möglich sein. Gerade in der Sozialpolitik liegt viel Verantwortung beim Bund. Die Linke wird daher als laute Stimme der sozialen Interessen der Menschen auftreten und den aktuellen Kürzungen der Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP die rote Karte zeigen.

Kommunikation & Digitales

Internet, Telefon und Postpakete sind ebenso Teil der öffentlichen Infrastruktur, die für ein gutes Leben für alle funktionieren muss. Auch hier gilt: Der Zugang muss bezahlbar und erreichbar sein. Aus unserer Sicht soll die öffentliche Hand die Grundversorgung von Information und Telekommunikation sicherstellen.



Deine **Stimme** ist dein **Beitrag**



Spende für ein **starkes Thüringen**, in dem wir **gut und sicher** leben können. Spenden unter spenden.die-linke-th.de



Preisrätsel



Unter allen Einsendungen des richtigen Lösungswortes verlosen wir **3 XXL Exklusiv-Präsentkörbe mit Thüringer Köstlichkeiten**. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zuschriften bis 10. Juni 2024 an: Die Linke Thüringen, Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt, Fax: 0361-6011141 oder per mail an lgst@die-linke-thueringen.de. Absender bitte nicht vergessen! Die Daten werden lediglich zur Gewinnermittlung und Benachrichtigung verwendet und anschließend gelöscht.

Stadt an der Weißen Elster	↘	chilen. Schriftstellerin (Isabel)	↘	englisch: Mond	↘	Fußpfad	↘	ohne Inhalt	↘	Stadt an der Ilm, in Thüringen	↘	als Sicherheit Hinterlegtes	↘	eine Zahl	↘	Gestell z. Transportieren v. Lasten	↘	dt. Eiskunstläuferin (Katarina)	↘	poetisch: Biene	↘	männlicher Nachkomme	↘	
deutscher Politiker (Bodo)	→											Gesuch, Eingabe	→											12
Lobrede	→																							
	→																							
Getreidespeicher	↗																							
Mittelpunkt; Innenstadt	↘	Blutgefäß																						
	→																							
Rollkörper	↗																							
Protestkundgebung (Kzw.)	↘																							
vollendete Entwicklung	→																							
Stadt nordöstlich von Weimar	↘																							
	→																							
dt. Politiker (Wolfgang)	↘																							
	→																							
Name dt. Kaiser und Könige	→																							
	→																							
Wind am Gardasee	<div style="display: flex; justify-content: space-around; align-items: center;"> ○ 1 ○ 2 ○ 3 ○ 4 ○ 5 ○ 6 ○ 7 ○ 8 ○ 9 ○ 10 ○ 11 ○ 12 ○ 13 ○ 14 ○ 15 </div>																							